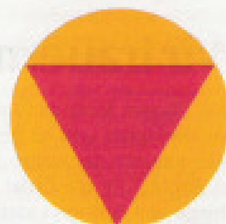
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juli/August 7/8/94

Das Signal blieb ungehört!

Die Kreisauer für Mitbestimmung

„... Zu diesem Zweck haben sie unverzüglich Verbindung mit den Vertretern der Kirchen ihres Landes aufzunehmen. Insbesondere soll der Landesverweser die verantwortliche Mitwirkung der Werktätigen in Verwaltung und Wirtschaft herbeiführen. Zu diesem Zweck treten sie unverzüglich mit dem Beauftragten der deutschen Gewerkschaft in Verbindung, die als allein berechtigte Vertreterin anzuerkennen ist." Auszug aus der „Erste(n) Weisung für die Landesverweser" des Kreisauer Kreises vom 9. August 1943.

Es dürfte unumstritten sein: die Weisungen waren für die Gegenwart gedacht, um die antifaschistische Einheit zu entwickeln. Zu diesem Zwecke nahmen die Gewerkschafter Julius Leber und Adolf Reichwein Verbindung mit der Leitung der KPD auf. Mit den Kommunisten Anton Säfkow und Franz Jacob stimmten die Vertreter des Kreisauer Kreises überein, nach dem Sieg über das faschistische Regime mußte eine Einheitsgewerkschaft aufgebaut werden. Mit dem Prinzip eine Gewerkschaft, ein Betrieb, ein Tarif wurde eine wichtige Erfahrung aus dem Kampf vor und nach 1933 verwirklicht. Am 22. Juni 1944 fand ein Treffen von J. Leber und A. Reichwein mit Graf Schenk von Stauffenberg statt, an dem auch A. Saefkow teilnahm. Saefkow und Jacob wurden verhaftet, ehe es zu einem neuen Treffen kam.

In den Weisungen des Kreisauer Kreises heißt es weiter: „Aus wichtigen Stellungen sind alle irgendwie führenden Nationalsozialisten grundsätzlich zu entfernen". Damit liegen die Kreisauer im Trend des Nationalkomitees Freies Deutschland, gegründet am 12./13. Juli 1943 bei Moskau, und der Gründungen ähnlicher Komitees in anderen Ländern.

Der 20. Juli 1944 steht in engem Zusammenhang mit der politischen und militärischen Entwicklung. Bereits im Winter 41/42 verlor die Wehrmacht die Panzerschlacht vor Moskau. Damit war die „Wunderwaffe" Blitzkrieg stumpf geworden. Selbst der Vormarsch nach Stalingrad konnte die Gegner des Naziregimes nicht täuschen. Am 25. Januar 1943 erklärten Roosevelt und Churchill in Casablanca, nur eine totale Kapitulation Hitlerdeutschlands sei möglich. Am 28. Januar 1943 wurde die Blockade um Leningrad durchbrochen. Am 2. Februar 43 kapitulierte die 6. Armee in Stalingrad. Trotz des Aufrufs zum Totalen Krieg setzte sich die Parole durch: „Vorwärts Kameraden, es geht rückwärts". Die Alliierten landeten in Nordafrika, in Sizilien und Italien. Als am 6. Juni 1944 die Landung der Alliierten in der Normandie erfolgte, war der Zeitpunkt abzusehen, an dem Nazideutschland besetzt sein würde.

Um selbst die Kapitulation des Naziregimes zu erringen, übernahm Graf von Stauffenberg den Auftrag, die Bombe im Hauptquartier niederzulegen. Das Ziel, Hitler und seinen Stab in die Luft zu jagen, ist nicht gelungen. Das Signal der Bombe wurde nicht gehört. Das geplante Eingreifen der Truppenteile fand nicht statt. Das Ziel der Befreiung vom Hitlerregime vor der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten rückte in weite Ferne.

Nach dem 20. Juli entwickelte das Naziregime einen noch brutaleren Terror. Vor dem Anrücken der Truppen der Antihitlerkoalition wurden die Menschen aus den Vernichtungs- und KZ-Lagern auf regelrechte Vernichtungsmärsche gejagt. Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und Hunderte kommunistischer, sozialdemokratischer und gewerkschaftlich orientierter Frauen und Männer wurden mit den Männern vom 20. Juli 44 ermordet. Diese Wahrheit kann von keinem Alt- oder Wendehistoriker weggeleugnet werden. Natürlich gab es unter den verschiedenen Gruppen auch verschiedene Vorstellungen. In einem Punkt waren alle einig, auch der Kreisauer Kreis forderte die Entlassung aller irgendwie führenden Nazis. Dies ist nicht geschehen.

Die Folgen erlebt das deutsche Volk heute hautnah. Die seit 1990 erfolgte Reprivatisierung in der DDR erlebt eine Fortsetzung in den alten Ländern. Die Privatisierung von Bahn und Post ist der Verkauf von Staatsvermögen an sogenannte Unternehmer, Banken und Aktionäre. Die Banken mußten in der Krise vor 1933 vom Staat gestützt werden. In der heutigen Wirtschaftskrise ziehen 1995 die Banken 100 Milliarden Zinsen aus dem Staat und kaufen damit die Staatsbetriebe. Bei diesem Einkauf sollen die Aktionäre gleichzeitig die sozialen Leistungen beseitigen.

Die Streikbewegung der Postler für den Erhalt des sozialen Besitzstandes in den Junitagen war gleichzeitig gegen die Ausplünderung des Volksvermögens. Das Gerede, im Privatbetrieb werde rationeller gearbeitet, ist Unsinn. Erst kürzlich gab es in Bremen ein gutes Beispiel: Eine Fußgängeranlage wurde von den Arbeitern der Stadtwerke für 17 500 DM erstellt, Siemens wollte nur 80 000 DM haben.

Die Delegierten der VVN-BdA Bremen e.V. erklärten am 9. Dezember 1989, Antifaschismus werde notwendiger denn je. Antifaschismus war und bleibt für die Erhaltung des sozialen und demokratischen Besitzstandes. Und da sind wir alle gefordert, nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Post, denen unsere Solidarität gehört.

Willy Hundertmark

Veranstaltung zum Gedenken an den 20. Juli 1944

als Alternative zu den Regierungsveranstaltungen in Berlin anläßlich des 50. Jahrestages am 20. Juli 1994

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

11.00 Uhr auf dem Marktplatz spricht Willy Hundertmark, Enthüllung einer Skulptur von Joachim Fischer, **19.30** Uhr St.Stefanigemeinde: Solidarität vor Ausgrenzung

Zu weißen Flecken im Geschichtsbewußtsein spricht Prof.Dr.Heinrich Fink (Berlin). Uns kommt es an auf einen bunten Tupfen gegen die Bitburg/Neue Wache Ideologie der offiziellen Feierlichkeiten. Am Samstag, den 23.7., treffen wir uns um 11.00 Uhr an der Haltestelle Riensberger Friedhofstraße, um Blumen am Grab von General Walter von Seydlitz-Kurtzbach niederzulegen. Anschließend gehen wir ins Wall-Cafe.

Es reicht!

Wir trauern nicht nur, wir klagen an!

Unter diesem Motto fand am 30. Mai auf dem Marktplatz und im Schlachthof eine Gedenkstunde der Aktion „Menschen gegen Rechts" für die Opfer des Brandanschlags von Solingen statt. Seit Oktober 1990 fielen 90 Menschen neofaschistischen Anschlägen zum Opfer. Wer auch immer sich der Illusion hingab, diese Anschläge seien blinde Rache an Flüchtlingen, muß nun auf bittere Weise lernen, daß sie eine Kampfansage an das Leben bedeuten gegen alles, was Solidarität, Menschlichkeit, Mitgefühl, Recht und Freiheit meint. Wer nach den Lichterketten im Gefolge des Brandanschlags von Mölln geglaubt hatte, der Spuk sei vorbei, muß spätestens jetzt seinen Irrtum erkennen. Faschistische Mörder sehen sich gerechtfertigt durch Worte führender konservativer Politiker.

Bremens DGB Vorsitzende Helga Ziegert wies auf die Erzeugung von Perspektivlosigkeit durch ein Klima „der Ausgrenzung und sozialen Härte" hin. Unser Kamerad Helmut Stein beschrieb die „menschliche, historische und politische Verantwortung", die von einer Ursachenforschung zur notwendigen Gegenwehr finden muß. Mit vier Urteilen oberster Gerichte dieses Landes spannte er den Bogen von 1956 bis 1993, von personeller Kontinuität und rechtlichem Absegnen von KZ-Standgerichtsurteilen aus den letzten Kriegsmonaten zu Urteilen, die den Republikanern einen Persilschein als verfassungstreue Partei ausstellen. Dieser Zustand habe ein politisches Klima geprägt, „in dem die Parole ‚Ausländer raus' zur Handlungsanleitung wird". Semra Ulusoy vom DIDF thematisierte das Klima der Furcht und Unsicherheit, hervorgebracht ' durch staatliche Gewalt. Stellvertretend für die 90 Opfer neofaschistischer/rassistischer Anschläge ehrte Karin Winkler von der Shakespeare Company 37 namentlich bekannte Opfer. Mehr als 300 Bremer und Bremerinnen verharrten im schweigenden Gedenken.

Teilnehmer erklärten später, von der Veranstaltung tief beeindruckt zu sein. In dem Augenblick, als sie mit der Todesanzeige, diesem kleinen Stück zurückgegebener Würde, auf dem Marktplatz lagen, glaubten sie die Gefühle der Opfer nachempfinden zu können, einem so mächtigen Gefühl, aus dem sie erst mit der Schlußmusik von Bach entlassen wurden. Allen, die an der Erarbeitung und Gestaltung der 66 Todesanzeigen mitarbeiteten, blieb die Erfahrung, wie entwürdigend es ist, in der Presse oft nicht einmal den Namen des Opfers zu finden. Das Einbrennen einer Nummer in den KZ sollte nach dem Willen der NS-Schergen das Menschsein auf diese Zahl reduzieren! Der zweite Teil der Gedenkstunde knüpfte an diesem Punkt an. Die Todesanzeigen rings um die Geländer, die die Sitzflächen umrahmen, gaben den Eindruck, als säßen diese 90 Menschen unter uns. Klaus Liebe-Harkort beschrieb es so, die größte Grausamkeit sei die Entwürdigung der Kinder, denen nicht einmal das Recht auf Leben zugebilligt wurde. Hier beginnt das Nachdenken über Verantwortung und Verantwortlichkeit. Rassismus geht sehr tief, kann nicht nur als Ausländerfeindlichkeit gesehen werden.

Richard Keßler

Ausgegrenzt

In einer Zeit, in der Menschen wegen einer Behinderung, anderen Aussehens, individueller Neigungen, persönlichen Geschmacks auf der Straße zusammengeschlagen werden, gebührt den Initiatoren der Ausstellung über das Jugend-KZ Mooringen besonderer Dank. Alltagserfahrungen über die Jahre 1933 – 45 gibt es in vielfältig gebrochener Weise. Der Landeszentrale für politische Bildung ging es nach den Worten Herbert Wulfekuhls darum, Jugendlichen heute Vergleiche ihrer Lebenssituation mit der von 16- oder 17jährigen damals zu ermöglichen. Lebensstil und Kleidung boten Anlaß zur Ausgliederung, zum Zwang in die straffe Diziplin, bis hin zur Tötung. Irmtraud Gärtner verwies auf eine vorhandene öffentliche Stimmung, jetzt kurzen Prozeß machen zu wollen, mit Schnellverfahren nach Verabschiedung verschärfter Gesetze auf die rechtsextreme Gewalt zu reagieren, auf eine Gewalt, die den vermeintlich zu weichen Staat tagtäglich diffamiert. Sie lehnt ein Sonderrecht mit Verweis darauf ab, daß faschistisches Denken ja gerade von der Ungleichheit der Menschen (und damit auch ihrer Rechtsformen) ausgeht, die Ausgrenzung all derer bewußt vorangetrieben wurde, die sich nicht eingliedern lassen wollten. Sie verwies auf die Rolle der Landesjugendämter. Die Ausstellung schildere die Lage einiger der Opfer eines „starken Staates".

Martin Busse schilderte die Begegnung mit den Opfern dieser faschistisch/rassistischen Ausgrenzungspolitik. „Ich hatte noch gar nicht angefangen zu leben," so lautet der Ausstellungstitel. 49 Jahre sind seit ihrer Befreiung vergangen, die fragwürdigen Untersuchungen eines Dr. Ritter wurden auch in der Folgezeit von seiner Schülerin Eva Justin weitergeführt. Die Verdrängung bis in die 80er Jahre verhinderte eine längst überfällige Anerkennung des Unrechts. Nun solle mit dem falschen Verweis auf stalinistische Verbrechen der einmalige Charakter des NS-Terrorregimes geleugnet werden. Es gebe nichts, was einen solchen Vergleich zulasse. Für Martin Busse geht es darum, gegen Ausgrenzungen zu sensiblisieren. Erschrekkend ist für ihn, daß in nur drei Monaten 7076 Ermittlungen wegen rechtsextremer/ausländerfeindlicher Straftaten notwendig wurden.

Das politische Klima wurde in einem weiteren Beitrag zum politischen Selbstverständnis in deutschen Universitäten verdeutlicht und in einem Theaterstück, in dem sich zentrale politische Weisungen der NS-Herrschenden mit Schilderungen ihrer Opfer zu den Folgen dieses Denkens abwechselten. Vielleicht finden ja einige Kameraden und Kameradinnen bis zum 2. Juli den Weg in die Untere Rathaushalle.

Wilhelm Henkel

Reichskriegsflagge in Buchenwald?

Am 7.7.94: Buchenwald, Sachsenhausen ... Abwickeln oder „umwidmen", der Streit um die Zukunft der Gedenkstätten in der ehemaligen DDR. Totalitarismustheorien gewinnen an Boden, die Revision der Geschichtsschreibung wird vorangetrieben.

Kann die Auflösung kleinerer Gedenkstätten verhindert werden? Wird nach dem Kanzler-Modell in Zukunft in den Gedenkstätten der Opfer und Täter gemeinsam gedacht werden? Ein Vortrag von Fred Dellheim (Vorsitzender des IVVdN Berlin) um 20 Uhr in der Villa Ichon VVN-BdA gemeinsam mit MASCH Bremen

Wer fährt mit?

Am 30.7.94 wollen wir auf den Spuren Heinrich Vogelers eine Ausfahrt nach Worpswede machen, uns den Barkenhof ansehen und anschließend im Bahnhof kaffeesieren.

Anmeldungen bis zum 25. Juli erbeten im Büro (38 29 14) oder bei Willy und Tilla (61 12 62). Wir treffen uns um 14.00 Uhr am Linienbus am ZOB / Hauptbahnhof.

Gemeinsam gegen Rechts

Für eine Antifaschistische Republik

Der Bundeskongreß '94 in Braunschweig zeigte, daß wir an der Schwelle zum Generationswechsel in der VVN-BdA stehen. Nur 23 der 146 anwesenden Delegierten waren vor 1971 Mitglied der VVN, 22 Delegierte sind nach 1990 zu uns gestoßen. Es gab einen entscheidenden Unterschied zu 1990: anhaltenden Beifall für Alfred Hauser als Dank für sein Engagement seit Gründung der VVN 1947, für sein unermüdliches Eintreten auf dem Sektor der Sozialpolitik und für die Erhaltung der VVN-BdA 89/90 als politische Kraft. Alfred Hauser, der sich nicht mehr als Sprecher aufstellen ließ, wurde unter tosendem Beifall zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Dank auch an die scheidenden SprecherInnen, deren Arbeit mit großem Beifall gewürdigt wurde: Lorenz Knorr, Rosel Vadehra-Jonas, Harald Lindner, dazu Helmut Fleischhauer und Rolf Burgart für Kasse und Protokoll. Im Unterschied zu vergangenen Kongressen zeigte sich, daß der feste Willen bestand, gemeinsam die politische Initiative zu ergreifen, über bestehende Ansätze und Inhalte hinweg zum Handeln zu kommen. Unterschiede sollen bewußt nebeneinander stehen, darum gerungen werden, ohne das Handeln zu lähmen. Dieses neue Klima läßt sich an zwei Punkten festmachen, an der SprecherInnenwahl und der Behandlung des Leitantrages.

Neue BundessprecherInnen sind Conny Kerth, Peter Gingold, Stefan Hölzer, Dr. Ulrich Schneider, PC Walter und Karl Forster, neuer Bundeskassierer Lars Martin (Göttingen), neuer Schriftführer Reinhard Opitz, jeder von ihnen mit Zustimmung von wenigstens 3/4. der Delegierten. Der Leitantrag wurde bei nur wenigen Enthaltungen angenommen. Debatten gingen voraus und Änderungsanträge. Neu war, daß ihr Anliegen von allen akzeptiert und berücksichtigt wurde. Der Schwur von Buchenwald wurde vorangestellt, als eine der Hauptursachen für die Rechtsentwicklung die Umverteilungspolitik durch Banken und Konzerne benannt.

Der Bundeskongreß hat sich für eine Kampagne zur Umsetzung des Artikels 139 GG ausgesprochen, für Aufklärung und Aktionen anläßlich des 50. Jahrestages zur Befreiung von Krieg und Faschismus, für eine Dokumentation über den Zustand von Demokratie und Menschenrechten hier im Lande. Die Umsetzung wird im Bundesausschuß zu behandeln sein, an den diese Anträge übergeben wurden. Die Auflösung von Reps und Wiking-Jugend, Aktionen gegen rechts vor den Bundestagswahlen, die Ablehnung eines Arbeitsdienstgesetzes, Schutz der Flüchtlinge vor Abschiebung, die Streichung der VVN-BdA aus den Verfassungsschutzberichten, eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden in den neuen Ländern waren Gegenstand weiterer beschlossener Anträge.

Raimund Gaebelein

Vergessene Opfer

Weiße Flecken in den Geschichtsbüchern sind in dieser Bundesrepublik leider nichts Neues. Die Buchlesung zu Rolf Gössners „Vergessene Justizopfer des Kalten Krieges" in der Stadtbibliothek am Schüsselkorb jedoch war ein Versuch, sie auszufüllen, sichtbar und damit nachvollziehbar zu machen. Kein Wunder, daß diese interessante Lektion mit 40 Zuhörern verhältnismäßig gut besucht war. In seiner Begrüßung zeigte Willy Hundertmark Unterschiede in der politischen Kultur zwischen Bremen und Niedersachsen auf. Auf bewegende Weise schilderte Heinrich Hannover seinen Weg zum Verteidiger in politischen Strafsachen. Die Lage heute sei deutlich genug dadurch gekennzeichnet, daß eine Wiederaufnahme des Verfahrens von Carl von Ossietzky aus dem Jahre 1929 und damit seine Rehabilitation abgelehnt werde, da angeblich keine neuen Tatsachen vorgetragen worden seien.

Dem Autoren Rolf Gössner kam es darauf an, eine Kontinuität in der politischen Justiz der Bundesrepublik aufzuzeigen, die sich von den Kommunistenprozessen über Verfahren und Berufsverbote gegen die Studentenbewegung, von der Verteufelung der „Terroristen" bis hin zur Aburteilung ehemaliger Funktionsträger der DDR bewegt. Die Innere Sicherheit könne man nicht isoliert sehen. Der Umgang mit den Stasi-Akten erinnere an pauschale Abrechnung, wobei die ziemlich braunen Flecken unter der weißen Weste hervorlugten. 1951 – 68 waren 150 – 200 000 Menschen wegen gewaltfreier Regierungsopposition Gegenstand von Staatsschutzmaßnahmen. Den rund 500 000 Ermittlungsverfahren folgten 7 – 10 000 Verurteilungen, z.B. wegen Tragens und Verteilens von roten Nelken. Opfer von einst wurden erneut zu Opfern, während oft genug Täter von einst erneut über sie Gericht hielten. Rolf Gössner verwies auf die Ungleichbehandlung in Fragen der Rehabilitation von Stasi-Opfern und ehemaligen NS-Verfolgten, denen die Anerkennung bis heute verwehrt bleibt.

Raimund

Europa-Wahlkommentar

Besonders hoch war die Wahlbeteiligung nicht, denn gewählt hat praktisch nur jeder 2. Wahlberechtigte. Der hohe Stimmenanteil für die CDU/CSU erklärt sich für mich aus dem Aufsaugen des Stimmenanteils für REPs, NPD und ähnliche Gruppierungen. Ähnlich wie 1980 versuchte besonders die bayrische Regierung zur Mobilisierung der Rechten für eine Verstärkung der Rechtswende zu sammeln. Vielleicht spielte bei manchem Wähler aber auch die Angst mit, es komme schlimmer, wenn sie nicht die Auflagen der hohen Herren von Rhein, Main, Neckar und Donau erfüllten. Der Schmusekurs der FDP wurde zur Abseitsfalle, sie fiel durch. Also ein Trend zur Großen Koalition? Ich meine, nein!

Die SPD machte ein schlechtes Bild, unterschied sich auf weiten Strecken nicht nennenswert von der Union. Eine Quittung für die Nicht-Opposition war der Stimmverlust von 5,2% in den Großstädten, von 3,1% an Bündnis 90/Die Grünen ihren Hochburgen. Immerhin war Bremen der zweitbeste Landesverband nach der Saar. Daher dringt die SPD-Linke auch auf eine klare Aussage zugunsten Rot-Grün. Bündnis 90/Grüne bemüht sich sichtlich, die FDP des Jahres 1994 zu werden. Sicherlich ein paar bunte Tupfen mehr als das Blau/Gelb der Finanzpartei, aber vom Wählerpotential her werden sicherlich freisinnige oder wie das heute heißt sozialliberal Orientierte angesprochen.

Der eigentliche Gewinner aber erscheint mir die PDS zu sein. Wer auch immer sie totsagte, über weite Strecken des Abends schien ihr Einzug ins Europaparlament am seidenen Faden zu hängen. Es ist eine Ostpartei, lediglich in Hamburg oder Bremen erzielte sie Oppositionsergebnisse. In Berlin aber gewann sie eine Reihe von Bezirken mit über 40% der Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ist sie als Machtfaktor nicht wegzudenken. Eins kann man ihr jedenfalls nicht nachsagen: daß die Kandidaten über keinerlei Regierungserfahrungen verfügten. Attraktiv für manchen sind sie aufgrund der Bissigkeit ihrer Spitzenkandidaten.

Richard Keßler

Bitte vormerken!

Antikriegsaktion auf dem Hanseatenhof am 6.8.94, dem Hiroshima-Tag

Am 18.8.94 Antifaschistischer Gedenkgang durch Walle um 16.00 Uhr ab Büro zur Erinnerung an die Zerstörung des Bremer Westens.

Vor 60 Jahren gabs bessere Ansätze

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Verheugen, regte in einer Fernsehsendung die Bildung eines „Aktionsbündnisses gegen Rechts" an. Dazu sprach er die sogenannten Volksparteien, CDU, CSU, FDP und seine Partei sowie die Grünen brieflich an. Aber ein Parteifunktionär wie er müßte doch wissen, daß gerade diese Parteien, ausgenommen die Grünen, für die Zeit ab 1949 die politische Verantwortung tragen. Ihm sollte auch bekannt sein, daß es seit 1947 in dieser Bundesrepublik eine antifaschistische Organisation gibt.

Falls er es nicht weiß, ihr Name lautet: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, kurz VVN-BdA. Die Anschrift: Frauenlobstr.24, 80337 München. Warum wird die nicht von ihm informiert, bzw. brieflich angeschrieben? Mehr noch: während die rechtsextreme DVU und die Republikaner aus Steuermitteln Unterstützung erhalten, bekam die VVN-BdA noch keinen einzigen Pfennig. Darf man daraus schlußfolgern, wie ernst es die von Verheugen angesprochenen Parteien, ausgenommen die Grünen, mit ihrem Kampf gegen rechts meinen?

Während sich Behörden und Bundesjustiz jahrzehntelang auf dem rechten Auge blind verhielten, wurden vom linken Auge die extremsten Schreckgespenster hochgespielt. Ja, unter Adenauer wurde sogar gegen die VVN ein Verbotsantrag gestellt, der wegen der starken Proteste im In- und Ausland eingestellt werden mußte. Ist das alles einem Verheugen unbekannt? Genau darum ist es notwendig, ihn daran zu erinnern, daß es vor 60 Jahren (1934) einen bedeutenden Beschluß des damaligen SPD-Parteivorstandes gab.

Am 28. Januar 1934 hatte nämlich der Parteivorstand der SPD in der Emigration in Prag das ihm, Verheugen, scheinbar unbekannte, aber zur damaligen Zeit sehr bedeutsame „Prager Manifest" beschlossen. Darin heißt es u.a.: "Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland... Mit dem Sieg des totalen Staates ist die Frage seiner Überwindung... gestellt,.. In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben".

Das war genau richtig, wenn auch spät. Denn Tausende Antifaschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler u.a. Demokraten waren inzwischen schon von Hitlers SA und SS getötet oder in den Konzentrationslagern. Dennoch gab es gute Ansätze und Beispiele für die „Front aller antifaschistischen Schichten". Genau ein halbes Jahr nach dem Prager Beschluß kam es im damaligen Saargebiet zu einer antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten und weiteren Hitlergegnern und zu gemeinsamen Kundgebungen.

50 Jahre nach diesem Ereignis im ehemaligen Saargebiet wurde das vom jetzigen SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine, gewürdigt. Zur Vorgeschichte muß aber gesagt werden, das Saargebiet war damals laut Versailler Vertrag (nach dem ersten Weltkrieg) noch vom Deutschen Reich getrennt. Es stand unter Völkerbundshoheit mit französischer Zoll- und Währungseinheit. Die Abstimmung über seine Zuständigkeit fand erst im Januar 1935 statt. Dazu müßte mehr gesagt werden. Das kann noch nachgetragen werden. Aber für die gegenwärtige Situation 1994, der großen Gefahr von Aktionen von Rechtsextremen und Neonazisten, ist das der Erinnerung wert. Wer es ehrlich meint mit dem Kampf gegen rechts, sollte daraus Lehren ziehen. Auch ein Funktionär wie Verheugen.

Alois Engel

Dokumentation

Nach Stalingrad ließen die Herren der Banken und Industrie das Naziregime wie eine heiße Kartoffel fallen. Sie begannen die Nachkriegszeit zu organisieren. Sie richteten verschiedene Gruppen ein, u.a. den Europaauschuß im Auswärtigen Amt. Dieser legte am 10. September 1943 Thesen für die Gründung eines europäischen Staatenbundes vor. Hier nun einige dieser Thesen:

I) Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung ... (Schicksalsgemeinschaft) ... Ohne Einigung kann Europa seine Stellung in der Welt nicht behaupten. Alle europäischen Völker würden davon betroffen werden...

III) Deutschland strebt die Einigung Europas auf föderativer Grundlage an: freiwilliger, aus der Einsicht der Notwendigkeit gegebener Zusammenschluß aller europäischer Völker, die sich historisch bewährt haben, zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten...

VIII) Es wird Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, weitgehend die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu europäischen Kriegen Anlaß gegeben haben; Beendigung des Zeitalters der innereuropäischen Binnenkriege und Überwindung des europäischen Partikularismus...

XI) Die im Staatenbund vereinigten Völker werden eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus bilden...

XIV) Zur Belebung des gegenseitigen Güteraustausches sollen die zwischen den einzelnen europäischen Staaten bestehenden Zoll- und anderen Schranken fortschreitend beseitigt werden, wobei auf die Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete, Rücksicht genommen wird...

XVII) Der geistige und kulturelle Austausch wird unter Wahrung der völkischen Eigenart vertieft und ausgebaut werden." gefunden ir Anatomie der Aggression, S.216 ff. von Willy

Für einen anderen Standort!

Die VVN-Bund der Antifaschisten Bremen e.V. empfiehlt: Gemeinsam für die Erhaltung des sozialen Netzes und die Wiederherstellung des sozialen Besitzstandes! Bereits in den 70er Jahren begann der soziale Kahlschlag! Lange vor der Einheit Deutschlands, schon 1982 wurden soziale Leistungen beschnitten. Im Bereich der Sozialhilfe wurden die Regelsätze, nach denen die Höhe der Hilfe festgelegt wird, um insgesamt 6% gekürzt. Die 1982 beschlossene Umwandlung der Hilfe von einem Zuschuß in ein Darlehen führte 1992 zu dem Beschluß, die Rückzahlung der Darlehen von den Angehörigen zu verankern.

Im Bereich der Rentenversicherung begann der Kahlschlag, genannt Rentenreform, mit der Verschiebung der Zahlung der Rente vom 1.1.78 auf den 1.7.78. Jährlich erfolgten weitere sogenannte Anpassungsgesetze. Mit dem Gesetz 1989 wurde verkündet, daß die Rente vom 1. Juli 92 an von bruttolohnbezogener auf eine nettolohnbezogene umgestaltet wird.

Zur Erinnerung: Noch im Wahlprogramm der CDU im Jahre 1983 wurde die Erhaltung des Jahrhundertwerkes gefordert, nämlich der bruttolohnbezogenen Rente. Auch im Bereich des Arbeitsmarktes wurde keine andere Lösung gefunden. Statt einer Stärkung des inneren Marktes durch Erhalt der Kaufkraft wurden die Bezüge der Arbeitslosen mehrmals gekürzt. Die Bonner Koalition unter Helmut Kohl hat stets auf einem Sockel von 2,2 Millionen regiert. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte erst 1990 ein. Die Arbeitslosigkeit sank unter die 2 Millionen. Und heute muß Herr Kohl zugeben, daß die Krise vom Westen her kommt. Mit den neuen Haushaltsgesetzen für die Jahre 94-95-96 sollen jährlich jeweils rund 35 Milliarden „eingespart" werden. Zum Gesetz von 1993 verkündet die Koalition: „Das Defizit wird dort bekämpft, wo es entsteht".

10% der deutschen Bevölkerung lebt bereits 1994 unter der Armutsgrenze. Dieser Standort Deutschland ist nicht unser Standort. Darum rufen wir auf, gemeinsam einzutreten für einen neuen Standort!

Willy Hundertmark

Bodenreform heute:

Entschädigung vor Rückgabe

„Die im Jahre 1945 in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands durchgeführte BODENREFORM war einer der ersten Schritte zu einem freien, demokratischen und antifaschistischen Deutschland. Sie ist in dem Fortbestand ihrer Ergebnisse ausdrücklich durch den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart und durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes festgestellt worden. Alle Versuche, sie zu durchlöchern und am Ende sie auch rückgängig zu machen, sind in unseren Augen Verstöße gegen nationales und internationales Recht.

Die von der Sowjetunion angeregte und von der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone mit Volksentscheid beschlossene demokratische Bodenreform war notwendig, um den vielen Kriegsflüchtlingen eine dauerhafte Bleibe, in der sie wieder Fuß fassen und sich ernähren konnten, zu schaffen. Sie erfüllte das in der Vergangenheit oft erhobene Verlangen breiter demokratischer Kräfte nach einer den im Industriezeitalter veränderten ökonomischen Verhältnissen politisch gerechter werdende Machtveränderung in Stadt und Land. Sie rückgängig zu machen, wäre im wahren Sinne des Wortes reaktionär. Wir ehemaligen Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand fordern deshalb dazu auf, diesem Vorhaben bei den Wahlen zum Europaparlament und zu den demokratischen Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland politischen Widerstand zu leisten.

In den aus der Deutschen Demokratischen Republik hervorgegangenen Ländern der Bundesrepublik sollten unserer Meinung nach die Landtage Rahmengesetze schaffen, die es ermöglichen, vor Gericht nachgewiesenes Unrecht bei der Durchführung der Bodenreform auf angemessene Art und Weise, keineswegs aber zu Lasten der Nutznießer der Bodenreform und deren Erben zu entschädigen. Wir fordern für diese Fälle Entschädigung vor Rückgabe."

Würdigung des sowjetischen Anteils an der Befreiung

„Bei der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten der GUS beschlossenen Rückführung der noch auf dem Territorium der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen Truppenkontingente dieser Staaten darf nicht übersehen werden, daß diese in unmittelbarer Tradition mit den Truppen der Sowjetunion stehen, die in der militärischen Auseinandersetzung der Antihitlerkoalition die Hauptlast getragen haben und dabei auch auf deutschem Boden Millionen von Gefallenen und an Verwundungen Verstorbenen bestatten mußten. In unseren Augen sind diese Opfer für die demokratische Freiheit in ganz Europa wie auch die Toten der anderen Staaten der Antihitlerkoalition und der antifaschistischen Widerstandsbewegungen. Dieser Sachverhalt gebietet unseres Erachtens eine ehrenvolle Verabschiedung der GUS-Truppen mit öffentlichem Dank für die Wiedereinsetzung des Lebens in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen Republik; er verbietet eine Abschiebung bei Nacht und Nebel durch einen Hinterausgang! Wir fordern alle Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand in Deutschland und alle, die nicht zulassen wollen, daß in Deutschland jemals wieder der Faschismus regiert, auf, sich an ihren Wohnorten für eine würdige Verabschiedung der letzten GUS-Truppen einzusetzen, sich daran zu beteiligen und am Gedenktag für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaften im September ganz besonders der sowjetischen Opfer im antifaschistischen Abwehrkampf zu gedenken und darüber hinaus die Gedenkstätten für diese Opfer in Ehren zu halten. Personen, die dies nicht wollen, gehören unseres Erachtens nicht in die demokratischen Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland."

Die ganze Härte des Gesetzes gegen Faschisten

„Trotz öffentlicher Protestkundgebungen mit Lichterketten und Schweigemärschen nimmt die Kette der Gewalttaten und antisemitischen Aktionen in Deutschland kein Ende. Sie erfordert unser aller Aufmerksamkeit und schärfsten Protest. Dies gilt auch im Blick auf solche Innenminister und Polizeipräsidenten, die das Versagen der für die öffentliche Ruhe und Sicherheit des Landes verantwortlichen Polizeikräfte entweder überhaupt bestreiten oder aber herunterspielen auf bedauerliche Fehler bei der Verfolgung vornehmlich rechts- d.h. faschistisch orientierter Gewalttäter, wie jetzt in Magdeburg und Halle geschehen, und zuvor schon in Rostock-Lichtenhagen und anderswo. Unseres Erachtens dient ein solches Verhalten der Ermutigung der Gewalttäter und nicht der notwendigen Veränderung im Umgang mit Gewalttätern.

Wir sind in der politischen Auseinandersetzung gegen Gewalt. Aber wir fordern den vollen Einsatz staatlicher Macht gegen jede Art von Gewalttätern – und das sind nicht nur Räuber und Mörder, sondern in unseren Tagen ganz besonders diejenigen, die ihre Vorbilder bei den ehemaligen Nazis gefunden haben wollen und mit deren Methoden gegen Ausländer überhaupt und gegen Juden, ob tot oder lebendig, gegen Andersdenkende, Anderslebende, gegen Alte und Behinderte vorgehen. Sie verdienen keine Nachsicht wie jemand, der einen Fehler begangen hat, sondern die ganze Härte der Gesetze gegen Faschisten alter und neuer Art. Wir fordern dazu auf, bei der Europawahl und bei den Wahlen zu den demokratischen Körperschaften unseres Landes nur solche Männer und Frauen zu wählen, die Gewalttätern keinen Pardon geben – auch nicht in der Weise, daß sie den Machtorganen beim Versagen im Kampf gegen Gewalttäter durch die Finger sehen."

Erklärung des Gesch. Vorst. des IVVdN Mecklenburg-Vorpommern Erich Arndt

---

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Geburtstage im Juli

Werner Sturm	2.7., 67 J.
Klara Pape	3.7., 69 J.
Friedrich Becker	11.7., 67 J.

Geburtstage im August

Wilhelm Lenth	1.8., 90 J.
Willi Seipel	6.8., 82 J.
Ernst Fenner	26.8., 80 J.
Hans-Ludwig Meier	26.8., 80 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Demokratisierung?

In Deutschland haben 42% nicht gewählt. Diesen Wählerinnen und Wählern nachzusagen, sie wären nicht informiert, trifft nicht den Kern. Bemerkungen wie: „Das Europaparlament hat nichts zu sagen, es ist ein ‚Ruheplatz' für abgelegte Politiker, es kostet nur Geld", die Aussage, wählen habe sowieso keinen Zweck, wird immer häufiger bei Wahlen, insbesondere in der alten BRD, als Entschuldigung eingeworfen. Diese Erklärungen sind kein Qualitätszeugnis für jetzt praktizierte Demokratie.

Für das neue Europaparlament wünschen wir trotzdem energischen Einsatz für die Qualifizierung als Parlament der Entscheidung zur Kontrolle der Kommissionen und der Informierung der Öffentlichkeit.

Willy

24.000 Konkurse

Bis Ende 1994 werden 24.000 Unternehmen in Konkurs gehen. In Berlin wurde ein Verein gegründet zur gegenseitigen Stützung der Neu-Unternehmer und ihrer Familien vor dem sozialen Absturz.

Zur DGB-Reform

Am 14. Juni 94 wurde Dieter Schulte zum Vorsitzenden des DGB gewählt. Er gilt als erfahrenen Gewerkschafter. Er tritt sein Amt in einer Situation an, in der sein geschäftsführender Vorstand von 8 auf 5 Sekretäre gekürzt wird. Ob es da nicht andere Überlegungen gibt, die Finanzen auszugleichen, die durch den Austritt von 1,5 Millionen Kolleginnen und Kollegen geschwunden sind? Vor allem sind Überlegungen notwendig, die Steigerung der Produktion und Dienstleitungen mit immer weniger Arbeitsplätzen zugunsten der Gesellschaft umzukehren. Die Politik ist zu reformieren. Die gewerkschaftliche Politik ist von Partei- und Regierungspolitik zu lösen empfiehlt Willy.

Nachtrag: knochenharte Politik verkündete Dieter Schulte am 15. Juni. Wir werden darauf zurückkommen.

Überraschendes Ende eines Friedensmahnmals

„Deutschland ist reich, tönt es jeden Tag, aber es hat keine 9 Millionen für den Erhalt des weltbekannten Friedensmahnmals Torgauer Brücke. Deutschlands Banken erhöhen die Dividenden und verkraften Milliarden-Verluste, die von den Konzernen Schneider und Balsam verursacht wurden, aber sie haben keine 9 Millionen für den Erhalt dieses historischen Bauwerks. Deutschland ist einig und frei, tönt es in diesen Tagen. Und die Zuspätgeborenen nehmen sich die Freiheit, das Friedensmahnmal zu sprengen, das für den Sieg der Völker über das Nazi-Regime wie für die Völkerverständigung Symbolkraft besitzt."

Diese Zeilen unseres Ehrenvorsitzenden wurden dem Weser-Kurier als Leserbrief und dem sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf als Fax zugeschickt. Mit Zorn und Empörung nehmen wir Kenntnis von der Sprengung der Brücke von Torgau und fordern daher ihre Wiederherstellung. Das sind wir unseren ermordeten Kameraden und der Welt schuldig. Die Mittel dazu lassen sich dem Fond entnehmen, der für die Entschädigung der KZ-Schergen vorgesehen ist, die in der DDR verurteilt wurden. Wir fordern jede Unterstützung des Landes zur Errichtung eines Informations-Zentrums, in dem die Bedeutung der Torgauer Brücke für Frieden und Freiheit gewürdigt wird.

Willy Hundertmark

Wir gedenken

Richard Heller, geb. 26.10.1908, hingerichtet 6.7.1944. Richard sammelte Erfahrungen als Knecht, Brauereiarbeiter, im Steinbruch und auf dem Bau, bevor er als Jungkommunist 1932 Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus in Bremen wurde. Nach 9 Monaten KZ organisierte er den Widerstand unter den Hamburger Hafenarbeitern, wurde 1935 verhaftet und für 4 Jahre ins Zuchthaus verbracht. Im Auftrage der Widerstandsgruppe um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen unterstützte er von Frühsommer 1942 an in Bremen den Aufbau illegaler Betriebsgruppen. Im Oktober 1942 erneut verhaftet, wurde er am 5.5.44 zum Tode verurteilt und in Hamburg hingerichtet. Noch aus der Todeszelle rief er den Freunden zu, nicht den Mut zu verlieren, denn die Herrschaft der Henker habe bald ein Ende.

Danke!

33,33 DM in Ein- und Zweipfennigstücken sammelte eine Kameradin, die seit Gründung der VVN Mitglied ist. Mit der Bemerkung, sie hätte lieber Ein- und Fünfmarkstücke gesammelt, denn da kämen sicher andere Beträge zusammen. Wir meinten, Spende ist Spende, und unser Landeskassierer Friedel ließ die Spende von der Sparkasse zählen. Immerhin: es sind 33,33 DM. Vielen Dank für die Spende. Natürlich gilt allen anderen Spendern ein genauso herzliches Dankeschön.

Wir

Liebe Leserinnen und Leser, unser Computer „Ächtzt und Krächtzt" immer noch, obwohl wir im Juni keinen Hilferuf im BAF hatten. Wer hat einen ausrangierten 386er Computer, der noch für ein paar Jahre Lebenskraft hat? Geldspenden werden nicht abgelehnt.

der Fachmann

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e. V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

montags – donnerstags 10.30 – 18.00 Uhr
freitags 10.30 – 13.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt (verändert)
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 19.00 – 21.00 Uhr
der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Mittwoch
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 15. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)